

8.7.1919

37

## Spannung in der Nationalversammlung.

In den Arbeiten der Nationalversammlung ist heute eine gewisse Störung eingetreten. Im Plenum beschränkte man sich, die Tagesordnung ohne Debatte zu erledigen, und der Sozialisierungsausschuss, der heute die aufgeschobenen Abstimmungen vornehmen hätte sollen, vertagte sich im Einvernehmen aller Parteien gleich nach Eröffnung. In der Hauptsache, um den Klubs Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Insbesondere drängt unsere Partei auf eine Klärung, die sich aus folgendem Beschlusse der Fraktion ergibt:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs hat heute einen Bericht über die Arbeiten des Sozialisierungsausschusses und über die Beratung des Gesetzes über die Enteignung der Schlösser entgegengenommen.

Der Verband befürchtet, daß die Arbeiten des Sozialisierungsausschusses bei den heutigen Verhältnissen zu einer Verwässerung der Sozialisierungsgesetze führen könnten; er beauftragt daher den Vorstand, direkte Verhandlungen mit den Vertretern der anderen Parteien über die Sozialisierung einzuleiten und insbesondere eine Verständigung mit den Vertretern der Bauernschaft über diese Frage anzustreben. Der Verband erwartet, daß die Bauernschaft nicht mit den Kapitalisten gegen, sondern mit den Arbeitern für die Sozialisierung wirken werde. Ueber die Ergebnisse dieser Verhandlungen ist dem Verband ehestens zu berichten. Der Verband wird seine weitere politische Stellungnahme vom Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen.

Auf der anderen Seite überwiegt im Augenblick das Interesse an den Pariser Friedensverhandlungen, die es ja sind, die über unser gesamtes Schicksal entscheiden werden. Darüber hat man heute im Hauptausschuss verhandelt und die Debatte wird, nachdem heute Bauer die Sachlage darstellt hat, morgen fortgesetzt werden. Es laufen natürlich allerlei Unterredungen mit. Erstens gewinnen die Anschlusseinde Courage: die schamlosen Zeitungen, die darüber, daß die Entente Deutschösterreich sein Selbstbestimmungsrecht vergewaltigen will, ganz glücklich sind, arbeiten den Anschlusseinden im Parlament und zu diesen zählen die Christlichsozialen immerlich ganz gewiss) in die Hände. Die Christlichsozialen möchten also offensichtlich eine Führung in Paris, die sich auf den Anschlussegedanken nicht festgelegt hat; scheinen also der Bestimmung des Dr. Klein, der die deutschösterreichische Delegation führen soll, Widerspruch entgegenzusetzen. Aber da Dr. Klein, seit Monaten die Vorarbeiten leitend, der berufene Mann ist und überhaupt nicht zu ersetzen, so ist anzunehmen, daß sich diese Sache morgen klären wird. Erwähnen wollen wir noch, daß die Großdeutschen einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eingebracht haben, den sie, obwohl daran nicht viel ist und damit nicht viel gemacht sein wird, eine ellenlange Begründung mitgegeben haben, die, wie jetzt alles, ein Ausdruck der Tatsache ist, daß alle in Sachen des Friedens gern etwas machen möchten, immerlich aber fühlen, daß die letzte Entscheidung ganz außerhalb unseres Willens liegt. Wozu auch der Plan gehört, für Deutschösterreich eine „kantonale“ Verfassung auszuarbeiten. Als ob die Länder jetzt nicht selbständiger wären als selbst Glieder eines Bundesstaates! Es ist also eine gewisse Unruhe zu sehen; aber überschätzt braucht sie nicht zu werden.

## Sitzung der Nationalversammlung.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr, aber um 4 Uhr war sie bereits zu Ende. Die auf der Tagesordnung stehenden Berichte wurden ohne Debatte erledigt. Darauf beantwortete noch der Staatssekretär für Finanzen eine Interpellation über die Anmeldung und Kontrolle der Vermögensschaft. Der Staatssekretär gab zu, daß sich die Verordnung nicht durchwegs durch ein gemeinverständliches Deutsch auszeichnet. (Weiterkeit.) Dieser Mangel sei durch die große Hast erklärlich, mit welcher die Verordnung verfaßt werden mußte, und werde durch die Hinausgabe der populär gehaltenen Merkblätter behoben werden. Allerdings sind diese Merkblätter infolge der Postverhältnisse noch nicht überall an ihre Adressen gelangt. Daran, daß die ganze Maßregel als schilands empfunden wird, läßt sich nichts ändern. Es ist der Finanzverwaltung wohl bekannt, daß die Erhebungen und das Eindringen in private und geschäftliche Verhältnisse für das Publikum sehr unangenehm sind. Aber eine Vermögenserhebung, die vorgenommen werden soll, ohne daß bereits Material vorliege, wie in Deutschland, kann nicht ohne schwere Unbequemlichkeiten der Bevölkerung durchgeführt werden. Was die Verlängerung der Anmeldefrist betrifft, so spricht dagegen das Bedenken, wenn man die Bevölkerung schon schikaniert, so soll man sie wenigstens möglichst kurze Zeit schikanieren. (Weiterkeit und Zustimmung.) Dazu kommt, daß die Anmeldung durchgezögert sein muß, bevor das Gesetz über die Vermögensabgabe fertiggestellt hinausgegeben wird. Von allen Seiten wird darauf gedrängt, daß die Vermögensabgabe so schnell als möglich gemacht werde, und das soziale Bewußtsein verlangt eine schnelle und energische Vermögensabgabe. Die Finanzverwaltung selbst hätte gegen eine kurze Ausdehnung der Anmeldefrist keine prinzipiellen Bedenken und würde sich in dieser Beziehung den Wünschen der Bevölkerung, wie sie durch die Nationalversammlung repräsentiert ist, anpassen.

Eingebracht wurden sieben Anträge und zwei Anfragen. Damit war die Sitzung zu Ende und der Präsident konnte nur mitteilen, daß er den Tag der nächsten Sitzung noch nicht bestimmen könne. Das hänge von der Verhandlung im Hauptausschuss ab.